



Moskauer BRD-Botschaft: „Damen durch die Oberlichter“

## MOSKAU-BOTSCHAFT

### Saures Leben

Der Mann lallte und konnte sich nicht ausweisen. Als ihn Beamte der 88. Milizabteilung in ihrem Moskauer Wachtlokal abliefern, ließ er sich niederfallen und schlief auf einer Bank ein.

Eine Visitation des Volltrunkenen förderte zwei Schlüssel mit Kette, eine Uhr aus weißem Metall und fünf Kokosnüsse zutage.

Am anderen Morgen identifizierten die Polizisten ihren Häftling, den sie beim Holz-Diebstahl ertappt hatten, als einen Kollegen aus Deutschland: den Bundesgrenzschutzmeister Wolfgang Ostermeier.

So stellte das Zentralorgan des sowjetischen Jugendverbandes, „Komsomolskaja Prawda“ (Auflage: 6,9 Millionen), am letzten Mittwoch einen Vorfall dar, der sich bereits zwei Monate zuvor, am 9. Januar, in der Hauptstadt der Sowjet-Union ereignet hatte.

Damals waren Ostermeier und zwei Grenzschutz-Kameraden, der Meister Manfred Nietsch und Grenzüberwacher Wolfgang Ehlers — seit sechs Monaten beim Hausordnungsdienst an der Bonner Botschaft in Moskau Großer Grusinischer Straße eingesetzt —, nach durchzechter Nacht gegen drei Uhr morgens mit ihrem VW-Variant D 02—025 aufgebrochen, um von einer Baustelle am Presnenski-Wall Bretter für den Ausbau ihrer Kellerbar zu organisieren. Dabei liefen sie der Miliz in die Hände.

Bereits drei Tage nach der Holzaktion wurden die jungen Beamten zu ihren Einheiten in Fulda, Rosenheim und Duderstadt zurückgeschickt, wo sie Disziplinarverfahren erwarten; die Botschaft entschuldigte sich im sowjetischen Außenministerium.

Mit der verspäteten Enthüllung — so mutmaßten Rußland-Experten im Bonner Außenamt nach Lektüre des Artikels — habe Moskau die Auswirkungen eines Bonner Vorfalls propagandistisch konterkarieren wollen.

Ende vergangenen Jahres hatte der sowjetische Botschaftsrat Pjotr Borowski die Bundesrepublik verlassen müssen, weil er als Agent des militärischen Spionagedienstes der Sowjet-Union enttarnt worden war. Durch westliche Rundfunksender wurde die Affäre in der Sowjet-Union bekannt.

Nun führten die Sowjets nicht nur den Bubenstreich der Grenzschützer vor, sondern machten auch publik, daß der Erste Sekretär der deutschen Botschaft, Immo Stabreit, die Sowjet-Union verlassen mußte. Moskauer Begründung: „Er beschäftigte sich mit einer Tätigkeit, die nicht mit seinem Diplomatensstatus zu vereinbaren war.“ Die Bonner Ost-Denker halten auch das für eine Borowski-Revanche.

Die Jugend-„Prawda“ wärmte außerdem kleine Affären aus dem Alltagsleben der Tag und Nacht observierten deutschen Vertretung auf. So gebe es „für viele Mitarbeiter der westdeutschen Botschaft... keine Straßenverkehrsregeln“.

Der Verkehr in der Botschaft selbst widersprach den sowjetischen Sittenregeln. Die jungen Missions-Angehörigen, so erfuhren die Komsomolzen, verbrächten ihre Moskauer Nächte mit Alkohol und Freundinnen. Geniert plauderte die Zeitung aus, was sie nur in den Akten der Geheimpolizei gelesen haben konnte: Daß gelegentlich junge Damen die Botschaft frühmorgens „auf eine ganz ungewöhnliche und sehr unbequeme Art“ verlassen: „durch die Oberlichter“.

Moskau-erfahrene Diplomaten in Bonn räumten ein, daß solches durchaus passieren könne, zumal die Fenster des Kanzleigebäudes nur wenig über Straßen-Niveau lägen. Auf diesem Wege könnten junge Damen, durchweg Sekretärinnen der westlichen Botschaften, das Haus verlassen, ohne dem Pförtner zu begegnen.

Überdies halten die Bonner den jungen Grenzschützern das saure Le-

\* Vor der CDU/CSU-Fraktion, i. Ex-Kanzler Kurt Georg Kiesinger.

ben in der abweisenden Moskauer Umwelt zugute. Für einen Zeitraum von jeweils acht Monaten in die sowjetische Hauptstadt versetzt und in primitiven Unterkünften im Keller des Botschaftsgebäudes untergebracht, finden die zumeist sprachunkundigen jungen Männer kaum Kontakte. Seit 1966 die amerikanische Bar am Moskwa-Ufer in der Nähe des Kreml geschlossen wurde, sind auch Begegnungen mit West-Kameraden schwierig.

Frustration ist denn auch für das AA das Schlagwort, mit dem es erklärt, warum die drei Grenzschützer ihr Bauholz nachts in Moskau stehen wollten. Ein früherer Botschaftsangehöriger: „Im Botschaftsgelände liegt genug Holz herum.“

Trotz des Ekklats erwartet das Bonner Außenamt keine Folgen für das deutsch-sowjetische Verhältnis. Vor dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestages berichtete letzten Donnerstag ein Beamter des Ost-Referats: „Früher wurden wir in solchen Fällen pauschal als Nazis, Kriminelle und Wüstlinge beschimpft.“

Diesmal übten die Sowjets ihre Kritik in netter Form. Die „Komsomolskaja Prawda“ milde: „Wir sind weit von dem Gedanken entfernt, einer seriösen Behörde, die sich in dieser Villa befindet, oder den dort arbeitenden Menschen einen Verweis zu erteilen.“

## OPPOSITION

### Meckerer und Miesmacher

Weinhändler Elmar Pieroth fand die Wahrheit: „Wir von der CDU-Opposition sind doch nicht so gut, wie wir meinen.“

Was Fraktionsnovize Pieroth von allein begriff, mußte dem Fraktionschef Rainer Barzel erst schmerzhaft beigebracht werden. Am Dienstag letzter Woche noch hatte der christdemokratische Oppositionsführer gemeint, seine Mannschaft schulmeistern zu können: Die Präsenzstärke der CDU/CSU-Fraktion habe während der zweiwöchigen Haushaltsberatung



Kritisierte Fraktionschef Barzel\*  
„Wehner ist wenigstens immer da“

gen Anfang Februar „sehr zu wünschen“ übrig gelassen. Bei den meisten Abstimmungen sei der Stimmenvorsprung von SPD und FDP weit größer gewesen, als es der Mandatsstärke entspreche.

Barzel drohte Strafe an. Er werde säumige Abgeordnete entsprechend einem früheren Fraktionsbeschluß bei ihren Kreisverbänden anschwärzen, die über Wiederaufstellung von Bundestagskandidaten entscheiden.

Doch die Oppositions-Vertreter überraschten den eigenen Chef mit Opposition. In der jungen Garde aus der zweiten Reihe hatte sich Unmut über das Fraktions-Establishment und dessen parlamentarisches Taktieren angestaut. Zu ihren Sprechern machten sich Politologie-Professor Manfred Abelein, 40, und sein baden-württembergischer Landsmann Hans Jörg Häfele, 39.

Abelein gab Barzels Schelte zurück: „Der Vorstand war ja auch die meiste Zeit nicht da. Dann kann man auch von den übrigen keine Präsenz erwarten.“ Barzel solle sich seinen Buhmann zum Vorbild nehmen: „Man mag von Wehner halten, was man will, aber er ist wenigstens immer da.“

Die Fraktions-Führung, darunter der stellvertretende Vorsitzende Manfred Wörner, der sich in der Haushaltsdebatte polemisch mit Willy Brandt angelegt hatte, fand bei Abelein keine Gnade: „Da sind ein paar Show-Redner, und die anderen sollen dasitzen und applaudieren.“

Abeleins Kollege Häfele hieb gezielt auf Wörner ein, der für das Oppositionskonzept der Etat-Debatte zuständig war. Der Barzel-Vize habe den Fehler gemacht, die Christdemokraten gegen jeden Einzelhaushalt anrennen zu lassen, statt Schwerpunkte zu setzen: „Die Diskussion über den Verkehrsetat zum Beispiel hat gezeigt, daß wir in der Öffentlichkeit als die Meckerer und die Miesmacher erscheinen, und der Leber schneidet gut ab.“ Häfeles Resümee: „Es gab entweder keine Strategie, oder sie war falsch.“

Überrumpelt wich Fraktionschef Barzel zurück und verzichtete darauf, seine Kritiker zurechtzuweisen. Zwei Monate vor der Neuwahl des CDU/CSU-Fraktionsvorstands schien Barzel Vorsicht geboten, denn Opponent Häfele steht nicht allein. Zusammen mit einem Kreis junger Abgeordneter möchte der schwäbische Regierungsrat den aufgeblähten Vorstand verkleinern.

Häfeles Vorschlag, über den Ende April abgestimmt werden soll, sieht vor, daß die Zahl der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von sieben auf vier und die Mitgliederzahl des Vorstands von 67 auf 33 reduziert wird. Sieben Barzel-Stellvertreter, findet Häfele, „sind zu viel und zu wenig“ — an Zahl zu viel, an Qualität zu wenig.

Die Abnelung der Fraktionsjunioren, von denen sich 27 in einer Gruppe um die Abgeordneten Pieroth, 36, und Georg Gölder, 32, organisiert haben, gilt vornehmlich zwei Vorstandsmitgliedern, die eigens als Repräsentanten der jungen Generation an Barzels Seite gestellt worden waren und sich

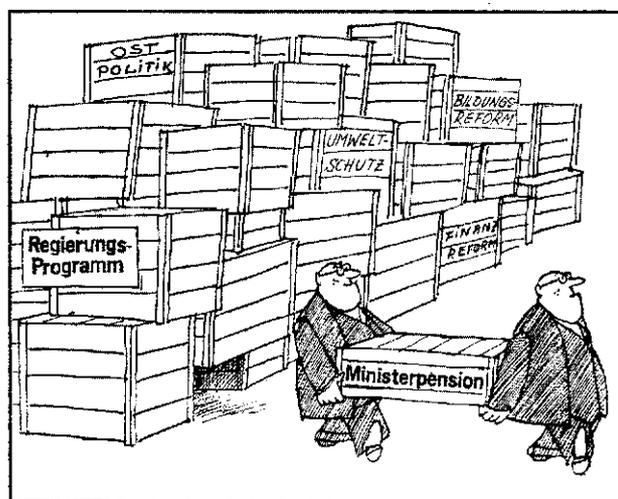
allzu rasch an das Establishment angepaßt hatten: dem Fraktions-Vize Manfred Wörner, 36, und dem Parlamentarischen Geschäftsführer Olaf von Wrangel, 42. Sollten die beiden Barzel-Protégés im Mai nicht in ihren Ämtern bestätigt werden, so wäre dies auch für ihren Förderer eine Schlappe.

Fraktions-Einzelgänger Rembert van Delden glaubt freilich, daß eine Abwahl der beiden ihrem Gönner am Ende nützen könnte: „Die potenzieren doch das Negativ-Image von Barzel.“

MINISTER-PENSIONEN

Onkel krank

Was seinem Chef, dem Herrn Minister, passieren kann, wenn die CDU die nächsten Bundestagswahlen gewinnt, läßt den Parlamentarischen Staatssekretär Holger Börner böse werden: „Was ist das für ein Staat, der einen erst zum Minister macht und ihn dann in den Arsch tritt?“



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt  
„Zur Sache, Schätzchen; wir können schließlich nicht alles ausklammern!“

Börners Chef, Georg Leber, dann 53 und Verkehrsminister zweier Bundesregierungen a. D., müßte nach seinem Abschied trotz fast sieben Bonner Amtsjahren ohne Pension auskommen. So regelt es die geltende Ruhestands-Ordnung des Bundesministergesetzes vom 17. Juni 1953.

Bislang hatten drei Innenminister vergeblich versucht, die Gründerzeit-Vorschriften zu reformieren. In dieser Woche noch wollen sich nun die drei Bundestagsfraktionen daranmachen, eine Absprache aus den letzten Monaten der Großen Koalition einzulösen, und einen gemeinsamen Entwurf im Parlament einbringen, der den Regierungsmitgliedern eine bessere Altersversorgung sichern soll.

Derzeit stehen sich Bonns Kabinettschergen weitaus schlechter als ihre Kollegen in den Ländern. SPD-Bundestagsvizepräsident Hermann Schmitt-Vockenhausen, der für seine Fraktion die Novellierung vorbereitet, klagte: „Der Bund ist das Schlußlicht.“

Tatsächlich können heute auch langgediente Ressortchefs nach zehn

und mehr Ministerjahren nicht unbedingt mit einer Pension aus der Staatskasse rechnen. Denn 1953 legte der Bundestag fest, daß ein Minister nur dann Ansprüche auf Ruhegehalt hat, wenn er bei seinem Ausscheiden aus der Regierung mindestens 55 Jahre alt ist.

Die Altersgrenze ließ prominente Exminister wie Franz Josef Strauß (zwölf Amtsjahre), Paul Lücke (zehneinhalb Jahre) und Richard Stücklen (neun Jahre) leer ausgehen. Zwar hatten sie das Gesetzessoll von vier Jahren übererfüllt, waren aber noch nicht 55 Jahre alt, als sie ihre Ministersessel räumten.

Auch Herbert Wehner, 64, im Kabinett Kiesinger knapp drei Jahre lang Minister für Gesamtdeutsches, blieb ohne Pension. Dagegen ist sein Kabinettskollege aus der Großen Koalition, Carlo Schmid, Jahrgang 1896, bei gleich langer Ministerzeit pensionsberechtigt. Als ehemaligem Richter und Professor kommt ihm das Beamtenprivileg des Gesetzes zugute: Danach genügt schon ein Ministerjahr zur Pension, wenn der mehr als 55 Jahre alte Ressortchef mindestens neun Beamten-Dienstjahre vorweisen kann.

Da die Regierung den Lebensabend ihrer Kabinettschergen nicht im Alleingang verschönern will, arbeiten Sozialdemokrat Schmitt-Vockenhausen und der FDP-Fraktionsgeschäftsführer Werner Merthes mit Leo Wagner von der CDU/CSU zusammen. Die gemeinsamen Änderungsvorschläge, die in dieser Woche von den Fraktionen diskutiert werden sollen, sehen vor,

daß

- ▷ das ungerechte Beamtenprivileg fällt und künftig alle Minister, unabhängig von ihrem früheren Beruf, gleich behandelt werden;
- ▷ bereits nach einem Ministerjahr ein Anspruch auf Ruhegehalt in Höhe von 11 2/3 Prozent des Dienstgehalts entsteht, das jedoch mit etwa 800 Mark im Monat erheblich unter der Mindestpension für jene Regierungsmitglieder liegt, die ihre vier Jahre abgedient haben: Sie beziehen 35 Prozent des Amtsgehalts, also fast 2500 Mark;
- ▷ auch jüngere Minister nach vier Amtsjahren einen Pensionsanspruch erwerben, der bis zum 55. Lebensjahr ruht.

Dafür sollen die Kabinettschergen auf Annehmlichkeiten verzichten, die ihnen nach Gesetz und Gewohnheitsrecht heute noch zustehen.

So will die Kommission ihnen — außer Bundeskanzler und Außenminister — den Anspruch auf Amtswoh-